Humanität leben- katastrophale Situation für Geflüchtete beheben

Antragsteller*in: Josepha Albrecht (GJ Barnim)

Änderungsantrag zu A11

Von Zeile 32 bis 62 löschen:

Seit letzter Woche machen sich geflüchtete Menschen auf den Weg Richtung EU, speziell der türkisch-griechischen Grenze. Auslöser dafür war die Öffnung der Grenze von Seiten der Türkei nach der Eskalation des Konflikts in Idlib. Die Reaktion Griechenlands und die der EU sind mehr als fragwürdig, lassen gar jedes Gefühl von Menschlichkeit vermissen. Laut UN-Angaben hält sich eine kleinere fünfstellige Zahl von Migranten an der Grenze auf. Gegen diese hilflosen und perspektivlosen Menschen geht Griechenland mit aller Härte vor. So werden Familien und Kinder mit Tränengas und Gummigeschossen zurückgehalten. Zum „Schutz“ seiner Grenze setzte Griechenland zudem, ohne jeglichen nennenswerten öffentlichen Protest und entgegen internationalen Rechts das Asylrecht aus. Die Folge dessen: Gelingt es Geflüchteten die Grenze zu überwinden, werden ihnen sämtliche Wertsachen abgenommen und sie werden wieder zurück in die Türkei gebracht. Das ist menschenunwürdig und höchst illegal.

Dieses Verhalten wird von der EU unterstützt. 700 Millionen Euro und die Hilfe von Frontex sollen Griechenland erhalten. Auch rhetorisch stellt sich die Frage ob der EU ihr europäischer Wertekodex, ihre Menschlichkeit, dessen sie sich rühmt verloren gegangen ist. So dankte die Kommissionspräsidentin, von der Leyen, Griechenland dafür, dass es Europas „Schild“ sein. Diese Wortwahl lässt die Frage aufkommen, ob sich die Kommission im Krieg mit den Geflüchteten sieht.

Auch Deutschland verhält sich wenig rühmlich. So wurde ein Vorstoß, ein Kontingent von besonders Schutzbedürftigen Menschen aufzunehmen, die unter völlig menschenunwürdigen Verhältnissen, auf den griechischen Inseln untergebracht sind, im Bundestag abgelehnt. So verliefen die Bemühungen von mehreren Kommunen, darunter auch Potsdam, Frankfurt (Oder) und Teltow, Geflüchtete aufzunehmen im Sande.

Die GRÜNE JUGEND Brandenburg lehnt das Verhalten Griechenlands in dieser Frage entschieden ab. Darüber hinaus fordern wir die Brandenburger Kommunen auf, den guten Beispielen zu folgen und sich für eine Aufnahme von Geflüchteten einzusetzen. Die Grüne Jugend Brandenburg fordert die Bundesregierung außerdem dazu auf ihre Zustimmung zu einer Aufnahme von geflüchteten Menschen zu geben und das Handeln Griechenlands scharf zu verurteilen.

Begründung

Dopplung des Textes